



US-Streitkräfte in Afghanistan

CHAD HUNT / CORBIS

AFGHANISTAN

Berlin ist besorgt über US-Abzug

Die Bundesregierung will sich nach der Ankündigung des massiven US-Truppenabzugs aus Afghanistan in Washington dafür einsetzen, dass das deutsche Einsatzgebiet nicht zu stark davon betroffen ist. Derzeit sind rund 5000 amerikanische Soldaten in dem von den Deutschen geführten sogenannten „Regional Command North“ stationiert. Seit 2010 kooperieren die US-Kampftruppen dort intensiv mit der Bundeswehr und nahmen bei offensiven Operationen Dutzende Anführer der Taliban und anderer Gruppen von Aufständischen fest oder töteten sie. Noch hat Berlin keine genauen Informationen, ob und wie viele US-Soldaten das Pentagon bei dem geplanten Rückzug von rund 33 000 Soldaten bis September 2012 aus Nordafghanistan abziehen will. Aus Washington gebe es bisher nur Signale, heißt es, dass die amerikanischen Streitkräfte zumindest dieses Jahr in voller Mannstärke im Norden bleiben würden. Am meisten Sorgen macht der Bundeswehr ein möglicher Rückzug der rund 50 US-Hubschrauber. Ohne diese wäre der Abtransport von verletzten Soldaten massiv gefährdet, da die Deutschen nur über wenige einsatzbereite Helikopter verfügen.

DAMALS ...

„Jeder Verleger auf der Welt sollte sich einmal am Tag hinsetzen, beten und Steve Jobs dafür danken, dass er mit diesem Gerät die Verlagsindustrie rettet.“

Mathias Döpfner, Springer-Vorstandschef, am 6. April 2010 über das iPad von Apple

... UND HEUTE

„Natürlich sind wir hochgradig unzufrieden darüber, dass 30 Prozent vom Umsatz, den unsere Apps erzielen, von Apple einbehalten werden.“

Mathias Döpfner im „Manager Magazin“ vom 24. Juni 2011



Döpfner

TOBIAS HASE / DPA

SCHULEN

Aufstand der CDU-Bürgermeister

Für Aufruhr an der Parteibasis sorgt die Blockadehaltung der nordrhein-westfälischen CDU in der Schulpolitik. Viele Unions-Bürgermeister werfen dem Landesvorsitzenden Norbert Röttgen und Fraktionschef Karl-Josef Laumann „Heuchelei“ und „absurdes Theater“ vor. Sie vertreten etwa Gemeinden aus dem Kreis Warendorf oder Städte wie Monschau und Beckum, die selbst Gemeinschaftsschulen einrichten wollen und sich jetzt von der eigenen Partei ausgebremst sehen. „Die Blockade der Gemeinschaftsschulen ist borniert und

engstirnig“, schimpft etwa Peter Wessel, Bürgermeister des sauerländischen Städtchens Erwitte. Er plant mit seinem Parteifreund Heinrich Holtkötter aus dem Nachbarort Anröchte eine Gemeinschaftsschule mit zwei Standorten. Unverständlich ist für viele



Grundschüler in Düsseldorf

ACHIM SCHEIDEMANN / PICTURE ALLIANCE / DPA

Funktionsträger die Begründung zur Absage gemeinsamer Gespräche mit der rot-grünen Landesregierung über einen Schulkonsens. „Wir verhandeln nicht mit Kommunisten“, hatte Laumann erklärt – und Röttgen sprach gegenüber dem SPIEGEL von „einer roten Linie, die nicht überschritten werden dürfe“. Bei anderen Gelegenheiten hatte die CDU keine Berührungspunkte: Erst vergangene Woche besprachen Abgeordnete aller Fraktionen die Zukunft der WestLB. Zuvor hatten sie sich bereits über Bundeswehrstandorte und die Zukunft der Steinkohle ausgetauscht. Auch über die Wahl von Eckhard Uhlenberg (CDU) zum Präsidenten des Landtags sei mit der Linken gesprochen worden, argumentiert Bürgermeister Wessel, für den das alles nur ein „peinlicher Vorwand“ ist.